

# ATOMMÜLLENDLAGER SCHACHT KONRAD

Oktober 1992  
Nr. 4



Horst Ludwig, 2. Bevollmächtigter der IG Metall-Ortsverwaltung Salzgitter mit MetallerkollegInnen beim Erörterungstermin (Foto: Reinhard Hübener)

## Atomenergie / Atommüll

### Schluß mit der zynischen Verantwortungslosigkeit

289.388 Einwendungen wurden 1991 zwischen Nordenham und Kempten im Allgäu und von Bad Zwischenahn bis Rosenheim bundesweit gegen das geplante Atommüllendlager Schacht KONRAD erhoben. Seit dem 25. September werden die Einwendungen in Salzgitter erörtert.

Wie so vieles in diesem Verfahren findet auch die Erörterung der unvollständigen Planungsunterlagen gegen die Bedenken der niedersächsischen Landesregierung auf Weisung des Bundes statt. Aber: Vielleicht kann eine Bundesregierung eine Landesregierung zwingen, ein Endlager zu genehmigen, nie wird sie eine Region, die sich geschlossen zur Wehr setzt, zwingen können, den Betrieb des Endlagers zu akzeptieren.

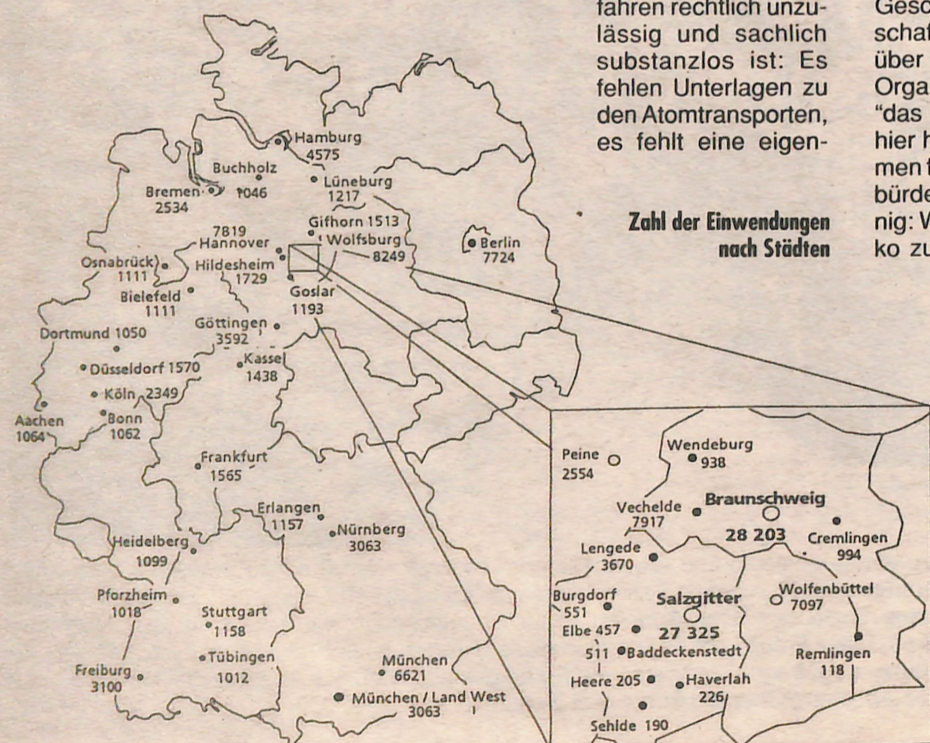
"Machen Sie ihre Rechnung nicht ohne die Belegschaft der Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter", entgegnete z.B. deren stellvertretender Betriebsrat Hein Moritz dem Bundesamt für Strahlenschutz, als dieses sich während des Erörterungstermins beharrlich weigerte, mit MetallerInnen über die Transportgefahren zu reden. Die Verkehrsbetriebe Peine-Salzgitter sollen den Atommüll

von der Bundesbahn übernehmen und ins Schachtgelände bringen. Besonders die Rechtsbeistände der Städte Salzgitter, Braunschweig und Wolfenbüttel (Geulen), der Städte Hannover, Seelze und der Gemeinde Vechelde (Piontek) und der Gemeinde Lengede (Nümann), machten bereits in den ersten Verhandlungstagen deutlich, daß die KONRAD-Pläne unvollständig, das Verfahren rechtlich unzulässig und sachlich substanzlos ist: Es fehlen Unterlagen zu den Atomtransporten, es fehlt eine eigen-

ständige Umweltverträglichkeitsstudie und vieles mehr. Noch heute steht in den Plänen, das Risiko von Flugzeugabstürzen sei zu vernachlässigen, weil Salzgitter im Grenzgebiet zur DDR liegt. Das Bundesamt für Strahlenschutz im Erörterungstermin: "Das macht nichts, davon haben wir keinen Kredit genommen." Der Absturz eines Flugzeuges gehöre zum zivilisatorischen Restrisiko, sprach Herr Torauske am 2. Oktober für den Antragsteller. Am 4. Oktober starben 200 Menschen in Amsterdam in den Trümmern eines zivilisatorischen Restrisikos.

Deutlich Stellung bezog auch das Landvolk, daß sich gegen die Strahlenbelastung und Rufschädigung seiner landwirtschaftlichen Produkte sorgt und zur Eröffnung des Erörterungstermins mit Traktoren demonstrierte. Auf Ackerwagen kam der Musikzug Vallstedt am 2. Erörterungstermin und blies dem Bundesamt den Marsch, während eine Jazz-Dance-Gruppe mit "Eleganz gegen Arroganz" demonstrierte.

"Wir kennen", sagt Claus Schröder, Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Schacht KONRAD e.V., in der über 50 Kommunen, Verbände und Organisationen zusammenarbeiten, "das Risiko, das den Menschen, die hier heute leben und den Nachkommen für Jahrhunderttausende aufgebürdet werden soll. Wir sind uns einig: Wir sind nicht bereit, dieses Risiko zu übernehmen. Per Bundesanweisung schon garnicht. Allerdings erwarten wir auch von niemandem anderen, das völlig unabsehbare Risiko auf sich zu nehmen. Eine Endlagerung im maroden Endlager Morsleben etwa steht für uns außerhalb jeglicher Diskussion. Angesichts der weltweiten Orientierungslosigkeit kann eine wissenschaftlich seriöse Diskussion erst anfangen, wenn man aufhört, ständig neuen Atommüll zu produzieren."



### Am 17. Oktober in Salzgitter: Gemeinsam gegen die gescheiterte Entsorgung und für die Stilllegung aller Atomanlagen

#### Gemeinsam gegen Schacht KONRAD

Ein Atommüllendlager Schacht KONRAD würde die gesamte Region Südostniedersachsen existenziell gefährden. Das zur Zeit laufende Planfeststellungsverfahren ist ein Präzedenzverfahren: Erstmals wird in einem Verfahren nach Atomgesetz festgelegt, welche Anforderungen an Errichtung, Betrieb und den zukünftigen Umgang mit Atommüll zu stellen sind. Würde KONRAD genehmigt, würde bundes- und EG-weit eine Lawine von Atomtransporten ausgelöst.

#### Gemeinsam gegen das Endlager Morsleben

Das real-existierende DDR-Endlager in Morsleben hat sich die Bundesregierung auf kaltem Wege im Einigungsverfahren angeeignet. Die 10-jährige Bestandsgarantie des maroden Endlagers ohne Öffentlichkeitsbeteiligung wurde im Juni vom Bundesverwaltungsgericht sanktioniert. Ab sofort könnte Töpfer seinen Dreck hier verschwinden lassen. Zwar gilt die Betriebsgenehmigung nur für Müll aus Ex-DDR-Anlagen. Aber ob sich Töpfer daran hält, wenn er KONRAD trotz aller Bundesweisungen nicht durchsetzen kann?

#### Gemeinsam gegen die Atomanlagen in Gorleben

Seit 16 Jahren kämpfen die Menschen im Landkreis Lüchow-Dannenberg gegen unsinnige und gefährliche Atomanlagen. 1979 verhinderten sie den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage. Zwei Zwischenlager wurden bereits errichtet. Eines wurde bekannt durch Bläsfässer und vagabundierenden Müll aus dem belgischen Mol, die gegen die Bedenken der Landesregierung auf Weisung Töpfers eingelagert wurden. In das andere sollen vielleicht noch in diesem Herbst abgebrannte Brennelemente gestellt werden. An einer "Pilotkonditionierungsanlage" zur Abfallbehandlung wird gebaut. Der sog. "Erkundungsschacht" ins Gorlebener Salz läuft ständig voller Wasser, ist viel kleiner als angenommen und bisher ist es den Experten des Bundesamtes für Strahlenschutz nicht einmal gelungen, in den Salzstock vorzudringen. Alle wissenschaftliche Warnungen haben sich bestätigt.

#### Gemeinsam gegen Zwischenlager Greifswald

Nichts als Flickwerk, was mit dem Atommüll passiert. Weil es keine sichere Endlösung für den strahlenden Müll gibt, werden immer neue Zwischenlager gebaut. Jetzt auch in Greifswald. Angeblich für Atommüll aus den Ex-DDR-Reaktoren. Die geplante Größe der Anlage verrät: Es geht um viel mehr. Sollte KONRAD nicht genehmigt werden, könnte z.B. Atommüll, der ab Mitte der 90er Jahre aus Frankreich zurückgenommen werden muß, erstmal quer durch die Republik in den Osten Deutschlands gebracht werden, dort auf unabsehbare Zeit auf die Genehmigung eines Endlagers warten. Aber: Solange es keine Endlager gibt, ist jedes "Zwischen"lager selbst erstmals Endstation.

#### Gemeinsam gegen die Atomtransporte

Weil nichts von der sog. "Ent"sorgung funktioniert, wird der Atommüll kurzerhand ständig verschoben. Aus deutschen Atomkraftwerken in die Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien, von dort in Zwischenlager, usw. Ein Risiko, das uns allen täglich begegnet - oft unerkannt.

#### Gemeinsam gegen das neue Atomgesetz

Weil zunehmend mehr Landesregierungen die Schutzziele des Atomgesetzes höher bewerten, als die Förderung dieser unsinnigen Technik (die das Gesetz gebietet), soll das geltende Atomgesetz kurzerhand völlig verändert werden. Atommüll-Endlager sollen privatisiert, deren Genehmigung dem willfährigen Bundesamt für Strahlenschutz übertragen werden. Bereits lange vor der Erteilung eines Planfeststellungsbescheides soll zukünftig mit dem Bau begonnen werden dürfen. Der rechtliche Schutz der Reaktorbetreiber vor den Interessen der Betroffenen soll deutlich über den Schutz der Betroffenen vor dem Strahlenrisiko gestellt werden. Und weil die Versicherungen kaum noch bereit sind, die exorbitanten Risiken der Atomtechnik zu versichern, will der Staat kurzerhand selber einspringen.

#### Gemeinsam gegen die Europäisierung der Atomenergie

Die Scham ist vorbei. Immer offener wird jetzt zugegeben: ab Januar 1993 kann der Atommüll in der ganzen EG verschoben werden. Damit wird nicht nur die Betroffenheit räumlich entzerrt, sondern auch die Möglichkeit, politischen Einfluß zu nehmen. Ob dann deutscher Atommüll in Frankreich "oberflächennah vergraben" wird oder nicht mehr genau spezifizierbarer Müll aus Frankreich in Deutschland gelagert wird: die Zeche zahlen wir.

#### Gemeinsam gegen die gescheiterte Entsorgung

Das Wort von der Entsorgung war schon immer eine Lüge: Es gibt keine Leben mit Atommüll ohne Sorgen. Was je als Entsorgungskonzept bezeichnet wurde, es ist heute nicht mehr das Papier wert, auf dem es steht. Der Betrieb deutscher Reaktoren wurde genehmigt mit dem Verweis auf eine deutsche ASSE II, das längst nicht mehr benutzt werden darf, mit Verweis auf ein Endlager Schacht KONRAD, dessen Genehmigung höchst zweifelhaft ist, mit Verweis auf ein Endlager Gorleben, das den Betreibern unter den Fingern absäuft. Was funktioniert sind die Zwischenlösungen nach Baurecht und das Verschieben und Parken des Atommülls im Ausland. Nicht mit uns, das Maß ist voll! Wenn die Ministerpräsidenten der Länder in diesem Herbst über die Entsorgung beraten, sollten sie garnicht erst zu flicken versuchen, was nicht zu flicken ist! - Wir wollen das Risiko Atomenergie nicht und wir wollen den Atommüll nicht.

**Darum wollen wir ein deutliches Zeichen setzen, am  
17. Oktober in Salzgitter**

# Der Erörterungstermin

## Der Erörterungstermin

Die niedersächsische Genehmigungsbehörde hatte eine bürgerInnenfreundliche Erörterung der 289.388 Einwendungen gegen KONRAD versprochen. Eine Leichtbauhalle mit 3.000 Plätzen wurde eigens auf dem Festplatz in Salzgitter-Lebenstedt errichtet. Viel mehr Stühle als Akteure füllten die Halle. Eine Umfrage der Salz-

gitter-Zeitung vom vergangenen Wochenende bestätigt: Alle sind gegen KONRAD, aber kaum jemand glaubt, beim Erörterungstermin was ausrichten zu können. So auch die Erfahrung einiger hundert MetallkollegInnen, die zum Termin kamen: Sie durften reden, aber das Bundesamt verweigerte jedes inhaltliche Gespräch. Sie wollen wiederkommen. Jede Woche, bis sie zufried-

denstellende Antworten bekommen. Und sie fordern die anderen EinwenderInnen auf, auch zu kommen. Und natürlich ist da noch die Demonstration am 17. Oktober. Die kann jeder nutzen, um deutlich gegen KONRAD Stellung zu beziehen. Mit den Fotos auf dieser Seite wollen wir die Stimmungen auf und um den Erörterungstermin dokumentieren.



## Die Verhandlungsleitung oder: Der flinke Sack

Im Mittelpunkt des Erörterungstermins steht die Genehmigungsbehörde, die sich durch den Vortrag von Einwendungen einerseits und die Stellungnahmen des Antragstellers andererseits ein Bild davon machen soll, ob die Einwendungen berechtigt sind oder nicht. Deutliche Diskrepanzen sahen EinwenderInnen zwischen der politischen Ankündigung eines fairen Erörterungstermins einerseits und dem Agieren der Ver-

handlungsleitung andererseits. Zwar findet der Termin auch Nachmittags, Abends und an Samstagen statt, zwar darf jeder reden, aber: der Antragsteller braucht nicht zu antworten. Statt klare Antworten zu fordern, nahm Verhandlungsleiter Schmidt-Eriksen (Bildmitte) das Bundesamt für Strahlenschutz in Schutz: "Ich kann niemanden zwingen zu antworten" oder "Wenn wir zu Zeiten erörtern, an denen auch arbeitende Menschen an dem Termin teilnehmen können, können wir nicht zu-

gleich verlangen, daß der Antragsteller immer alle seine Experten dabei hat." Er sei bekanntlich nicht verantwortlich für die langen Beratungspausen, in denen man sich mit Bonn abstimmen müsse, entschuldigte sich Schmidt-Eriksen einmal; wenn er kritisiert würde, sei dies eben nur wie immer: Der Stock, der den Esel treffen solle, treffe den Sack, den er trägt. Witzelte ein Einwender hinter vorgehaltener Hand: "Ich habe noch nie einen Sack gesehen, der sich so flink dazwischen wirft, damit nur ja nicht der Esel getroffen wird."

Fotos: Verhandlungsleiter Dr. Schmidt-Eriksen (Mitte), Stellvertreter Dr. Karl Biedermann (rechts) und Carsten Hermann Dube (links)



Trotz beginnender Rübenernte ließen es sich die Landwirte nicht nehmen, am ersten Tag des Erörterungstermins mit Traktoren vor der Leichtbauhalle zu demonstrieren. Unser Foto: Info-Stand des Landvolkes gegen Atomenergie auf dem Landvolk-Tag am 2. Oktober in Wolfenbüttel.



Ein Container = 35m<sup>2</sup> Atommüll pro Tag. Greenpeace scheute keine Kosten und Mühen, um vor Ort beim Erörterungstermin deutlich zu machen, worum es geht.



## Das Phantom oder: Der Bauherr als Genehmigungsbehörde

Weil Töpfer stets über dem Erörterungstermin schwebt, ohne je anwesend zu sein, ließen EinwenderInnen in der Halle Bilder von Töpfer mit dem Titel "Das Phantom" an Luftballons aufsteigen. Tatsächlich spielt Töpfer im Verfahren ein doppeltes Spiel. Laut Atomgesetz muß er für den Bau und Betrieb von Endlagern sorgen, ist im KONRAD-Verfahren also einerseits Antragsteller. Andererseits sind laut Grundgesetz aller atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Bundesangelegenheiten, die von den Ländern nur in sog. Bundesauftragsverwaltung durchgeführt werden. Töpfer ist demzufolge auch oberster Verfahrensenker im KONRAD-Verfahren. Der Bauherr als Genehmigungsbehörde? Da läßt sich gut pfuschen!



## Die Kommunen und ihre Anwälte

Der Beginn des Erörterungstermins war geprägt von Anträgen betroffener Kommunen, daß Verfahren aufzuheben, zumindest solange, bis die Planungsunterlagen vollständig seien. So rügten die Rechtsanwälte Geulen, Piontek und Nümann das Fehlen von Unterlagen zu den Transporten und zur Langzeitsicherheit, sowie das Fehlen von Untersuchungen des nach der Vereinigung erhöhten Flugverkehrs über KONRAD. Andere Verfahrensbeteiligte verwiesen auf die fehlende Umweltverträglichkeitsstudie. Die Verhandlungsleitung sah die Bedenken z.T. als gerechtfertigt an, war durch Weisung des Bundes aber gehalten, keine Entscheidungen ohne Töpfer zu treffen. Der schwang mal wieder den Weisungshammer und verbot jede kritische Entscheidung. Foto: (v.l.) Rechtsanwalt Nikolaus Piontek und Reiner Geulen, Stadtdirektor Ekkehardt Lohoff (Salzgitter)



Einige hundert BetriebsrätInnen, Vertrauensleute und ArbeitnehmerInnen folgten am Freitag, dem 2. Oktober einem Aufruf der IG Metall, zum Erörterungstermin zu kommen. Die KollegInnen konnten ihre Einwendungen zwar vortragen, von Erörterung konnte aber keine Rede sein. Das Bundesamt für Strahlenschutz weigerte sich, auf Sachfragen einzugehen. Immer wieder hieß es: Diese Frage wird im Rahmen dieses Erörterungstermins noch zu diskutieren sein. Oder: Sie haben keine Einwendung vorgetragen, sondern eine Frage gestellt. Natürlich beantworten wir auch gerne Fragen, aber dafür ist bei uns die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit zuständig.

# Restrisiko auf Reisen

## Transportaktionstag am 31. Oktober: Von Magdeburg und Hannover nach Salzgitter

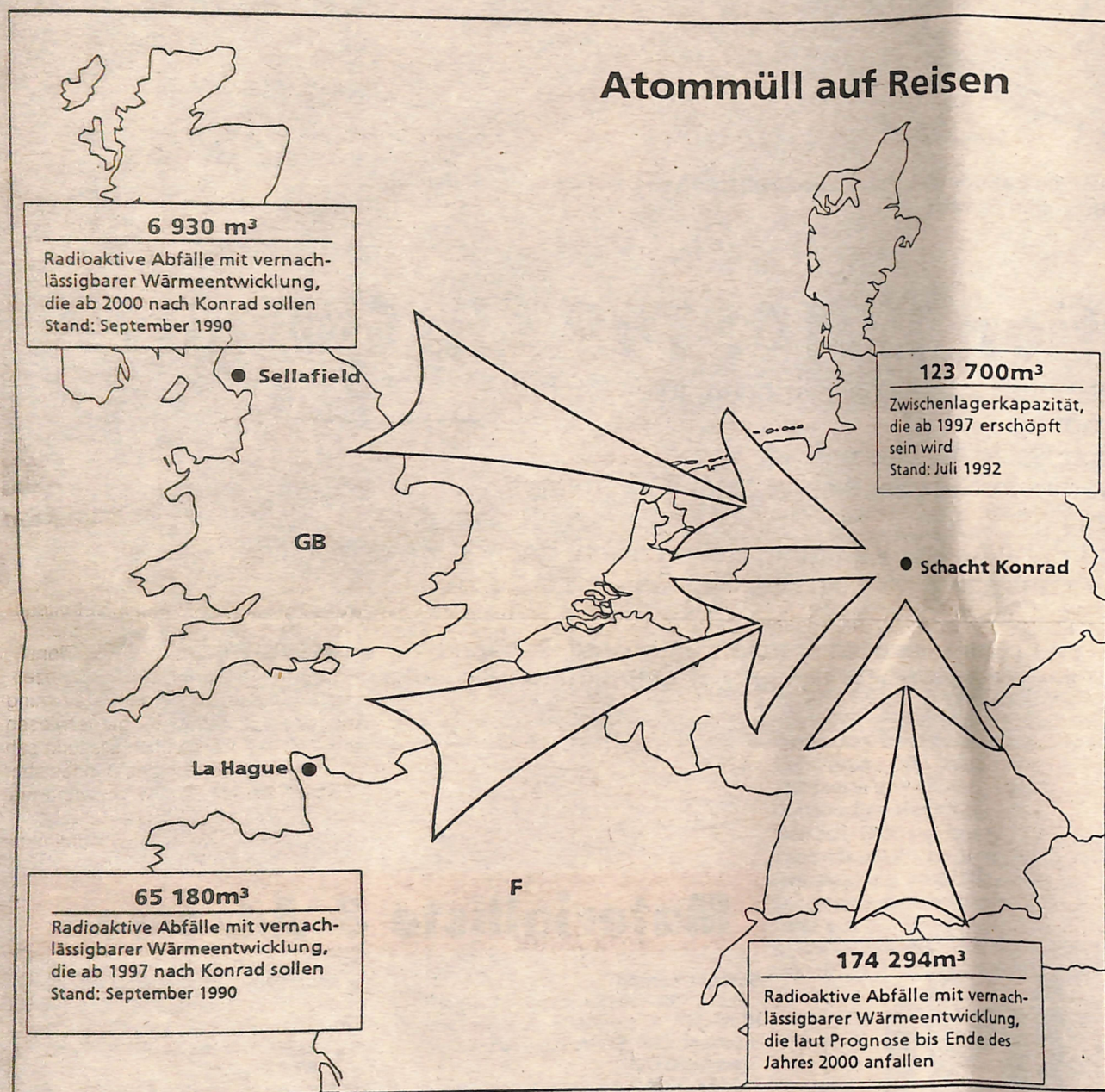
Einen Transportaktionstag am 31. Oktober haben GRÜNE aus Sachsen-Anhalt und Niedersachsen vorgeschlagen. Sie wollen an diesem Samstag von Magdeburg und Hannover aus in Strahlenanzügen mit Eilzügen nach Braunschweig fahren, mit den Mitreisenden diskutieren, und an möglichst vielen Stationen aussteigen, um kleinere Aktionen durchzuführen. Immerhin würden über diese Strecke

sämtliche Atommülltransporte nach Morsleben und in ein Endlager KONRAD kommen, ein erhebliches, oft unerkanntes Risiko. Jeder Bahnübergang, jeder Bahnhof und jede Weiche ein Gefahrenschwerpunkt. Wünschenswert wäre darum, wenn sich noch mehr Gruppen und Bürgerinitiativen an der Aktion beteiligen würden: An jedem Bahnübergang lohnt es sich, darauf hinzuweisen, was den hier

wartenden AutofahrerInnen drohen könnte. Zum Abschluß der Aktion wollen die Beteiligten ins Festzelt nach Salzgitter fahren.

Und noch eins: Es gibt im Bundesgebiet natürlich noch viel mehr Transportstrecken, die man an diesem Tag bereisen könnte.

Kontakt und Informationen: GRÜNE KONRAD-Koordination, Kohlmarkt 7, 3300 Braunschweig, Tel. 0531-891632

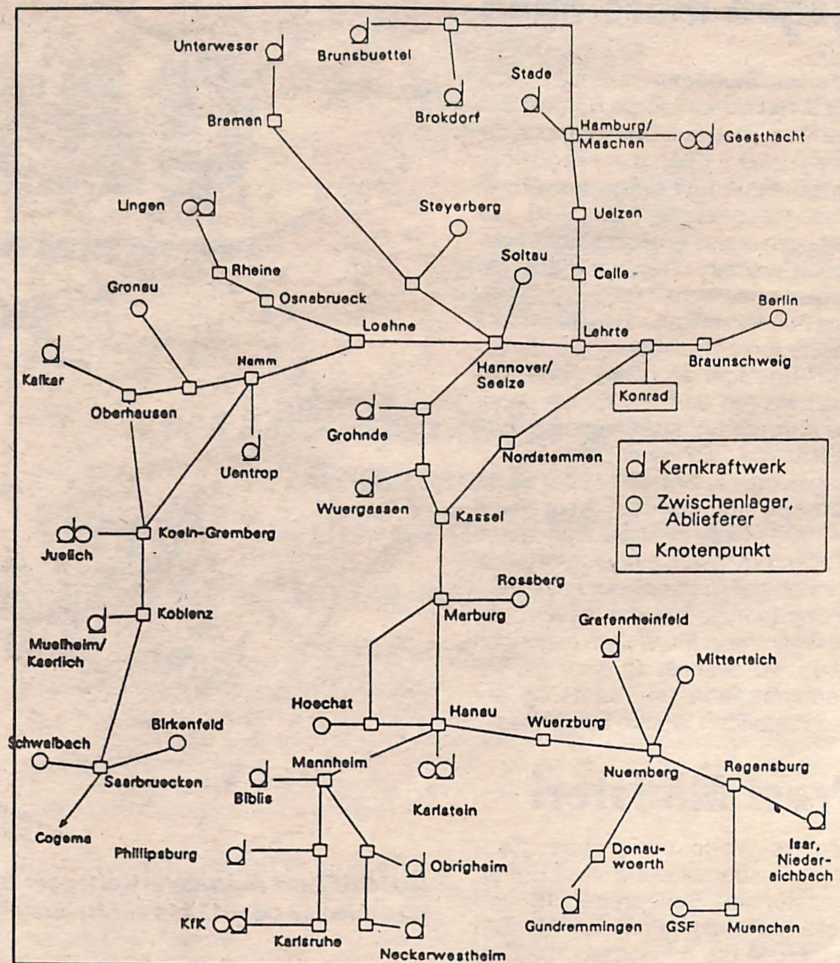


## Restrisiko auf Reisen

Weil beim Atommüll von "Entsorgung" keine Rede sein kann, liegt und steht der Müll aus deutschen Atomkraftwerken einfach nur rum. In den Reaktoren und Zwischenlagern in Deutschland, und in den sog. Wiederaufarbeitungsanlagen in Frankreich und Großbritannien. Bei der Bearbeitung abgebrannter Reaktorbrennelemente in diesen Anlagen wird die Menge des Strahlenmülls sogar 11mal größer! - Ab Mitte der 90er Jahre muß dieser Müll aus dem Ausland zurückgenommen werden. Dafür braucht die Atomlobby dringend ein Endlager. Wäre ein Endlager genehmigt, z.B. Schacht KONRAD, würden binnen kürzester Zeit eine Vielzahl von Atommülltransporten durch das ganze Land beginnen. Es liegt auf der Hand: Diese Atomtransporte würden ursächlich mit dem Betrieb des Endlagers zusammengehören. Deshalb, so haben EinwanderInnen im

ganzen Bundesgebiet, darunter zahlreiche Kommunen gefordert, müssen die Transporte und v.a. ihre Risiken als Teil des Endlagerbetriebes im Planfeststellungsverfahren behandelt werden. Das sieht Bundesumweltminister Töpfer ganz anders. Atomtransporte, so die schlichte Logik, werden in anderen Genehmigungsverfahren genehmigt, eine Befassung im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens käme daher nicht in Betracht. Es geht aber eben nicht um die Genehmigung des einzelnen Transportes. Es geht um das gesamte Transportaufkommen, das eben erst durch das Endlager verursacht wird, und das auf bestimmten Eisenbahnstrecken, in bestimmten Bahnhöfen, usw. zu einer erheblichen Frequenz von Transport führen wird. Verschärft wird der zu erwartende Atommülltourismus durch die anstehende Liberalisierung des Atommüll-

Binnenmarktes und die wahrscheinliche Öffnung eines Endlagers KONRAD für EG-Atommüll. Vor einigen Jahren sah Töpfer sich gezwungen, erstmals auf die Transportdiskussion zu reagieren. Er ließ die Gesellschaft für Reaktorsicherheit ein Gutachten über die Ungefährlichkeit von Transporten zu Schacht KONRAD erstellen. Mittlerweile räumt Töpfer sogar ein, daß im Rahmen des KONRAD-Erörterungstermins über Transporte diskutiert werden soll. Aber nicht das Bundesamt für Strahlenschutz als Antragsteller, sondern die Gesellschaft für Reaktorsicherheit soll sich an dieser Diskussion beteiligen. Und sie soll keinen Einfluß auf den Planfeststellungsbeschluß haben. Ein Grund mehr, sich diesen kritischen Termin im KONRAD-Erörterungsverfahren vorzunehmen. Vermutlich Ende Oktober/Anfang November.



## EG-Kommission läßt Katze aus dem Sack: Verordnung soll Europäisierung der Endlagerung regeln

Entsorgung sei eine rein nationale Angelegenheit, nur deutscher Atommüll komme nach Gorleben und KONRAD, wird seit Jahren von offizieller Seite beschworen. Seit langem vermuten KritikerInnen jedoch, daß ein Endlager KONRAD kein nationales Endlager bleiben würde: die beantragte Hohlraumkapazität von 650.000 m³ geht weit über das absehbare nationale Bedürfnis von rund 200.000 m³ bis 2010 hinaus. Mit dem Verkauf des so erschlossenen Hohlraumes für die Lagerung ausländischen Strahlenmülls ließe sich ein gutes Geschäft machen; zumal, wenn die Endlager privatisiert werden, wie Töpfer für das neue Atomgesetz plant. Atomrechtler wie Prof. Lukes vertreten seit Jahren die Rechtsauffassung, das EG-Recht verbiete nationale Begrenzungen der Endlager. Im Juli nun ließ die EG-Kommission die

Katze aus dem Sack. Sie legte den Vorschlag für eine Verordnung vor. Titel: "Über die Verbringung radioaktiver Stoffe innerhalb der Europäischen Gemeinschaft". In diesem Vorschlag heißt es: Der Weitergabe von Kernmaterial, ausdrücklich auch von Atommüll, dürfen keine Hindernisse entgegenstehen, die sich aus einzelstaatlichen steuerrechtlichen, handelsrechtlichen oder auf technischem Gebiet ergeben. Anders gesagt: Atommüll aus einem anderen EG-Land darf nicht nur deshalb zurückgewiesen werden, weil es sich nicht um deutschen Müll handelt. Dabei muß der Empfänger (!) eine Erklärung abgeben, die von den zuständigen Behörden des Mitgliedstaates bestätigt wird, daß der Besitzer der radioaktiven Stoffe alle entsprechenden nationalen Bestimmungen eingehalten hat. "Diskriminierende" Grenzkontrollen sind untersagt.



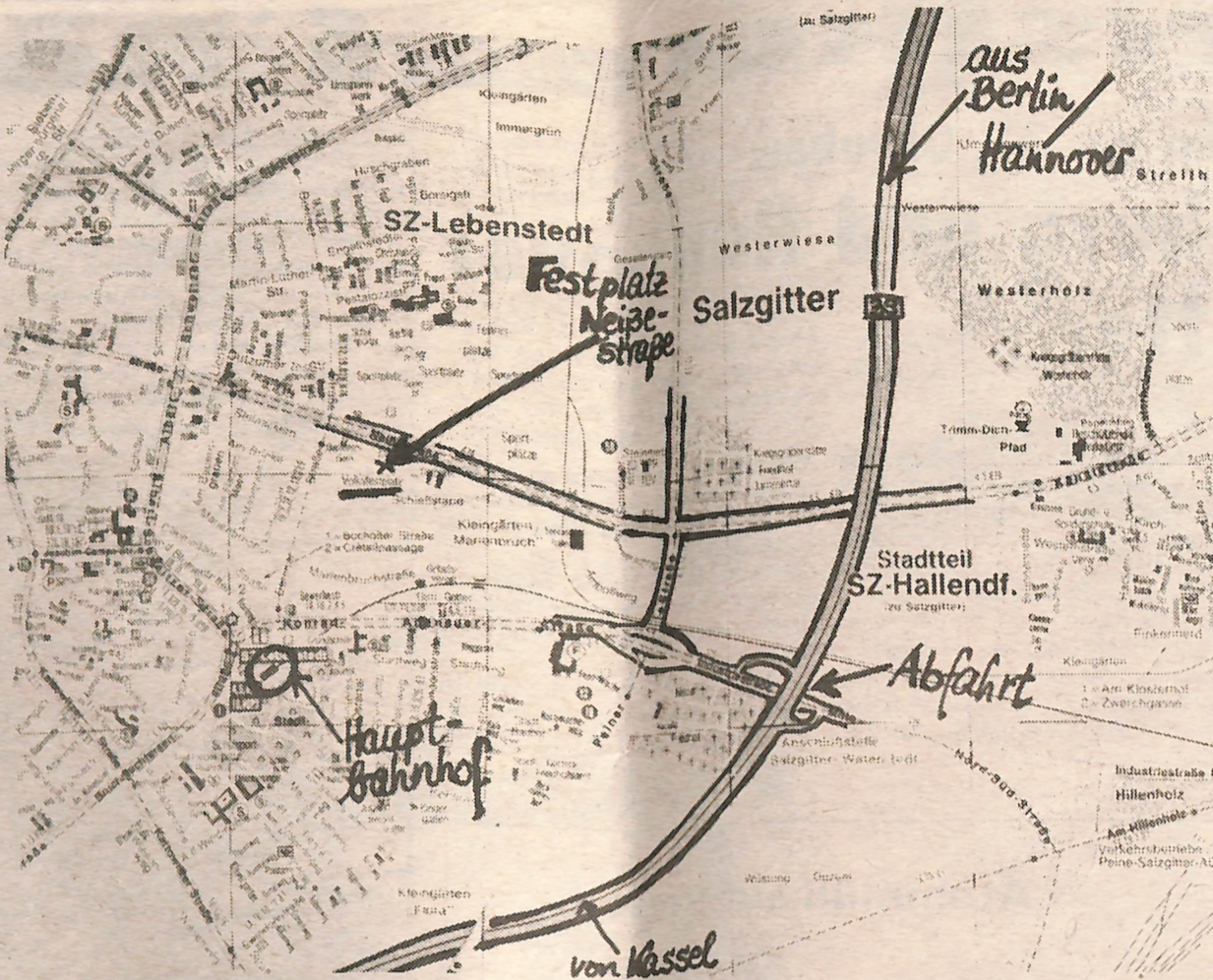
Nicht nur beim Thema Transportrisiken verweigert sich die Riege des Bundesamtes für Strahlenschutz. Aber für alle Fälle gibt es in den Reihen des Antragstellers schon mal einen Notausgang. Schild im Hintergrund: "Seit wann werden Endlager getöpft?"

## Helmstedt: Bürgerprotest gegen Morsleben

Zu einem Bürgerprotest am 24. Oktober in Helmstedt ruft die Bürgerinitiative Morsleben auf. Dem Unmut in der Bevölkerung über die skandalöse Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes vom 25. Juni soll damit ein erstes größeres Forum gegeben werden. Teilnahme aus der Region erwünscht. Das Bundesverwaltungsgericht hatte am 25. Juni entschieden, daß das Ex-DDR-Endlager ab sofort wieder benutzt werden darf. Es könnte daher die absurde Situation eintreten, daß gleichzeitig, während beim Erörterungstermin in Salzgitter über Einlagerungsbedingungen theoretisch diskutiert wird, in Morsleben schon wieder praktisch eingelagert wird. Für den Fall, daß während des Erörterungstermins mit der neuerlichen Einlagerung in Morsleben begonnen wird, wird deshalb zu einer großen Demonstration am Samstag der nachfolgenden Woche aufgerufen.

## Prost Minister!

Töpfers Wermutströpfchen, Öko-Wein Sonderabfüllung zum Erörterungstermin. Scheurebe (1l) und Rosé (0,75l) zum Preis von 12,- DM je Flasche (ab 6 Flaschen 10,- DM) plus Versandkosten. Zu bestellen bei DIE GRÜNEN Niedersachsen, Voltastraße 35, 3000 Hannover.



**Anfahrt** mit Auto siehe Karte; per Bahn: vom Bahnhof Salzgitter-Lebenstedt ca. 15 Min. zu Fuß oder mit den Buslinien 12 oder 13 bis zur Haltestelle Dutzumer Straße.

# Demonstration 17.10. 1992 in Salzgitter

ab 10.00 Uhr Anfahrt der DemonstrationsteilnehmerInnen, Info-Stände,  
ca. 11.45 Uhr offizielle Begrüßung  
12.00 Uhr Demonstration nach Salzgitter-Bleckenstedt  
ab 14.00 Uhr Rahmenprogramm in Salzgitter-Bleckenstedt (Sportplatz)  
15.00 Uhr Abschlußkundgebung

In Salzgitter wird ausreichend Parkraum zur Verfügung stehen. Nicht geparkt werden sollte in Salzgitter-Bleckenstedt. Nach Ende der Veranstaltung steht ein Bus-Pendelverkehr nach Salzgitter-Lebenstedt zur Verfügung.

Mit möglichst vielen, großen und phantasievollen Transparenten soll Schacht KONRAD am 17.10. eingewickelt werden. Gruppen und Organisationen, die sich an der Aktion beteiligen wollen, sollten frühzeitig Bescheid sagen..

## TERMINE TERMINE TERMINE TERMINE

**13. Oktober 1992.**

19.30 Uhr Braunschweig

"Probleme der Langzeitsicherheit von Schacht KONRAD", Veranstaltung des BUNDES mit Prof. Dr. Gerald Kirchner (Uni-Bremen), Freizeit und Bildungszentrum Braunschweig.

**14. Oktober 1992.**

19.30 Uhr, Peine

Podiumsdiskussion der Jusos zu Schacht KONRAD, mit Dr. Matthias Kollatz-Ahnen, H. Hans-H. Baas, Claus Schröder, Schützenhaus Peine.

**16. Oktober**

Bayerntag beim Erörterungstermin

**17. Oktober.** Demonstration in Salzgitter

17.00 Uhr Ausstiegsforum im Rahmen des Perspektivenkongresses der niedersächsischen Grünen, anschließend tanzt der Kongreß.

**22. Oktober 1992.**

20.00 Uhr, Braunschweig

"Atommüll und kein Ende - aktuelle Informationen zur Erörterung", Veranstaltung von und in der Evangelischen StudentInnen-Gemeinde Braunschweig, Pockelstraße.

**24. Oktober 1992**

09.45 Uhr Kirchenchor Vallstedt beim Erörterungstermin

11.00 Uhr Bürgerprotest gegen Atommüll-Endlager Morsleben, Marktplatz Helmstedt.

13.00 Uhr "Kinder-erörterungstermin" BI Vechelde

**31. Oktober 1992**

09.00-14.00 Uhr Atommüll-Transport-Aktionstag zwischen Magdeburg und Hannover mit Ziel Erörterungstermin.

**06. November 1992, Braunschweig**

"GRÜNE Ausstiegspolitik auf dem Prüfstand", öffentliches Streitgespräch mit Hannes Kempmann (MdL) und KritikerInnen der GRÜNEN Ausstiegspolitik, u.a. Traute Kirsch, und sie vund KritikerInnen

4

## Spenden

Konten:

Nr. 3787 52-308,

PGiroA Hannover

(BLZ 250 100 30)

Nr. 93 44 250

NORD/LB Wolfenbüttel

(BLZ 270 500 00)

Spenden an die AG SCHACHT KONRAD sind steuerlich absetzbar. Eine Spendenbescheinigung der Stadt Salzgitter wird Anfang des folgenden Jahres automatisch zugesandt.

## Erörterungstermin

regelmäßige Verhandlungszeiten

Mittwochs 12.30 - 21.00 Uhr

Donnerstags 10.00 - 20.00 Uhr

Freitags 12.30 - 21.00 Uhr

Samstags 10.00 - 16.00 Uhr

Änderungen im zeitlichen und thematischen Ablauf sind möglich und können telefonisch erfragt werden.

Info-Telefon der Arbeitsgemeinschaft

05341 / 15 233

Info-Telefon Umweltministerium

05341 / 835 - 161 / 162

Ansagedienst des Umweltministeriums

05341 / 835 - 105/ 106/ 107

## Materialliste & Adressen

**Schacht Konrad:**

- Buch: "Atommüllendlager SCHACHT KONRAD", 2. erweiterte Auflage 1989, erschienen im SP-Verlag, 168 Seiten, Preis 19,80 DM

- Video: "Kreative Einwendungen gegen SCHACHT KONRAD", 12 Min., Leihgebühr: 10,- DM

- "Atomland Niedersachsen - Bürgerinitiativen ziehen Bilanz", Herausgeber: Landesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz Nieders. (LBU), 56 S., Preis: 8,- DM

**Morsleben:**

- "Schwachstellenanalyse" der Gruppe Ökologie Hannover, Februar 1991, ca. 110 Seiten; Preis: 12 DM

**Asse II**

- Info-Mappe: Die wichtigsten Informationen und Presseartikel, zusammengestellt von der Aktion Atommüllfreie Asse, ca. 15 Seiten; Preis: 1 DM

**"Entsorgung"**

- Sorgenbericht: Grundsätzliche und standortbezogene Kritik an den Anlagen und Projekten zur "Entsorgung", September 1990, 94 Seiten; Preis: 12 DM

**Aktion Atommüllfreie Asse; Kontakt:** Margret Töpfer, Alter Weg 10A, 3340 Wolfenbüttel, Tel: 05331/78440

**Initiative gegen das Atommüllager Morsleben; Kontakt:** Dorothea Janzen-Pöhlmann, Birkenweg 3, 3330 Helmstedt, Tel: 05351/4872 und Wolfram Steinacker, Alter Markt 11, 0-3241 Bebertal, Tel: 0037-933/8402

Die AG SCHACHT KONRAD vermittelt Vorträge zum Thema und kann nach Absprache Infostände durchführen, bzw. entsprechende Materialien ausleihen.

Tel. 0531-3781-21/22

**Wir suchen in großer Anzahl private Schlafplätze für auswärtige Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Erörterung (Schlafsack und Matte wird meist mitgebracht).**

## Impressum

Schacht KONRAD - Zeitung Nr. 4 zum Erörterungstermin

Erscheinungsdatum: 10.10.1992

Hrsg: AG Schacht Konrad e.V.

**Geschäftsstelle:**

Petzvalstr. 50, 3300 Braunschweig

Tel: 0531-37 81 21-22

Fax: 0531-37 81 51

**Infobüro Erörterungstermin:**

Festplatz Neßstraße

3320 Salzgitter 1

Tel: 05341-1 52 33

**Kontaktstelle**

**EinwenderInnenberatung:**

Petzvalstr. 50, 3300 Braunschweig

Tel: 0531-378711-12

Redaktion: Peter Dickel, Claus Schröder

Fotos: Reinhard Hübener, privat

Satz: Stadtzeitung Braunschweig

Repros: Hinz und Kunst, Laserscript, Braunschweig

Druck: Oppermann, Rodenberg

Auflage: 100.000

